

digkeitsverlust der Kirchen durch ihre Spaltung und Trennung.

In einem zweiten Schritt werden die einzelnen Sätze des Nizäno-Konstantinopolitanums genannt (der korrespondierende Text des Apostolikums steht in Klammern darunter) und in einer knappen Weise theologiegeschichtlich ein- und zugeordnet. Daran schließt sich der Verweis auf die biblischen Fundamente der einzelnen Bekenntnisaussagen, der Zielsetzung der Studie entsprechend: „Die Aussagen des Nizäno-Konstantinopolitanums sind im Zeugnis der Heiligen Schrift verwurzelt und müssen im Kontext der Tradition der Kirche an der Schrift gemessen und in ihrem Licht ausgelegt werden.“

Die genannten Herausforderungen der Gegenwart bilden den Rahmen für die als dritter Schritt einbezogene „Auslegung für heute“. Auf dieser die einzelnen Bekenntnisaussagen in Kontinuität und Aktualität interpretierenden Auslegung liegt der eindeutige Schwerpunkt des Textes. Für diese gelungene aktualisierende Auslegung ließen sich viele Belege aufweisen. So lautet etwa die Formulierung zu dem Bekenntnis des Leidens Jesu „unter Pontius Pilatus“: Damit sei nicht nur betont, daß das Leiden des menschgewordenen Gottessohnes ein spezifisch geschichtliches Ereignis sei. Zugleich eröffne sich in diesem Satz die Möglichkeit, Leiden und Tod Jesu in den größeren Rahmen der Weltge-

schichte und der menschlichen politischen Macht hineinzustellen. „Pilatus repräsentiert allgemein die politische Unterdrückung eines besetzten Landes. Durch die Art und Weise, wie er während des Verhörs Jesu seine eigene Machtstellung bewahrt, repräsentiert er auch die Verletzung der Menschenrechte eines einzelnen Menschen aus opportunistischen Gründen.“

Den Kirchen zur Stellungnahme übergeben

Optisch abgehobene Kommentare innerhalb des die Gemeinsamkeit im Bekenntnis der christlichen Kirchen betonenden Textes suchen den verschiedenen und unterscheidenden Traditionen, Theologien und geschichtlichen Ausprägungen der Kirchen gerecht zu werden. Dabei wird auf die bestehenden Differenzen hingewiesen, meist mit erklärenden Hintergrundinformationen, die zugleich vermittelnden Charakter haben. Zu nennen sind beispielsweise die Kommentare zu dem „filioque“ des Westens, zu Taufverständnis und unterschiedlicher Taufpraxis oder zur Frage der Rechtfertigung.

Ausdrücklich betonen die Verfasser durch Textverweise die enge Verbindung der hier geleisteten gemeinsamen Auslegung des apostolischen Glaubens zu den beiden anderen großen Projekten von Glauben und

Kirchenverfassung. So erklärt beispielsweise ein Kommentar zur Auslegung der vier „notae ecclesiae“ des Nizäno-Konstantinopolitanums: Zu der fehlenden expliziten Ekklesiologie im Lima-Dokument über Taufe, Eucharistie und Amt könne nun an dieser Stelle eingehender dargelegt werden, „was wir, gemäß dem Glaubensbekenntnis, unter der Kirche verstehen“. Für das Studienprogramm von Glauben und Kirchenverfassung „Die Einheit der Kirche und die Erneuerung der menschlichen Gemeinschaft“ (vgl. HK, November 1991, 536 f.) erhoffen sich die Autoren eine Betonung der zentralen ekklesiologischen Perspektive „durch die breitere trinitarische Sicht des Heilshandelns Gottes in Schöpfung, Erlösung und Vollendung, wie sie in der Studie über den apostolischen Glauben dargelegt wird“.

Nachdem die Ständige Kommission von Glauben und Kirchenverfassung den Text gebilligt und die Veröffentlichung genehmigt hat, wurde das Dokument nun offiziell den Kirchen zu Prüfung und Studium übergeben. Dazu erhoffen sich die Verfasser besonders für die im August 1993 geplante Fünfte Weltkonferenz von Glauben und Kirchenverfassung in Santiago de Compostela entscheidende Impulse für die ökumenische Diskussion auf dem Weg zu einer gegenseitigen Anerkennung und dem gemeinsamen Bekenntnis des apostolischen Glaubens. A. F.

Es wurden keine Türen zugeschlagen

Die Sonderversammlung der Bischofssynode für Europa

Unter dem Leitwort „Damit wir Zeugen Christi sind, der uns befreit hat“ trafen vom 28. November bis zum 14. Dezember 1991 Bischöfe aus allen Teilen Europas in Rom zur gemeinsamen Beratung über die Evangelisierung ihres Kontinents zusammen. Die im Vorfeld mit einiger Spannung erwartete Sonderversammlung der Bischofssynode für Europa erwies sich als ein eher ernüchterndes und unspektakuläres Ereignis. Sie zeigte, daß es in der katholischen Kirche in Ost und West viel guten Willen und eine große Bereitschaft zur Übernahme der religiösen, politischen und sozialen Herausforderungen im neuen Europa

gibt, aber keinesfalls ein Patentrezept zur Bewältigung dieser Aufgaben. Es mußte auch offenbleiben, ob es gelingen wird, aus der gegenwärtigen Krise der Ökumene herauszukommen.

„Wir sind uns der ungeheuren Herausforderung der gegenwärtigen Stunde bewußt, aber auch ihrer großen Chance, und wir wollen im Dialog und in herzlicher Zusammenarbeit mit unseren Schwestern und Brüdern in Europa und in der Welt unseren Beitrag zum Aufbau eines neuen Europas leisten“ – so steht es im Vorwort der

zwanzigseitigen *Erklärung*, die zum Abschluß der Sonderversammlung der Bischofssynode für Europa am 13. Dezember 1991 verabschiedet wurde. Damit sind die thematischen Schwerpunkte nicht nur der Erklärung, sondern auch der gesamten zweiwöchigen Synodenarbeit genannt: Es ging vor allem um die Analyse der veränderten Situation in Europa nach dem Fall der politisch-ideologischen Grenze zwischen Ost und West, um die Konsequenzen dieser neuen Lage für das Wirken der katholischen Kirche in Europa und um die Zusammenarbeit der katholischen Kirche mit den anderen christlichen Kirchen und Gemeinschaften, aber auch mit den Anhängern anderer Religionen bzw. allen „Menschen guten Willens“.

Die Europasynode war zwar nicht die erste Spezialversammlung der Bischofssynode gemäß Can. 346 § 3 des CIC. Anfang 1980 fand eine Sondersynode für die Bischöfe der niederländischen Kirchenprovinz statt (vgl. HK, März 1980, 116 ff.), durch die vor allem die strikte Einhaltung gesamtkirchlicher Normen in der niederländischen Kirche vorangebracht werden sollte. Es war aber das erste Mal, daß *Vertreter der Bischofskonferenzen eines ganzen Kontinents* zusammengerufen wurden, um unter dem Vorsitz des Papstes und nach dem Statut der Bischofssynode über sie gemeinsam interessierende Angelegenheiten zu beraten. Johannes Paul II. hatte die Europasynode im April 1990 am symbolträchtigen mährischen Wallfahrtsort Velehrad wenige Monate nach der „Wende“ im früheren Ostblock angekündigt (vgl. HK, Juni 1990, 253 ff.); im März 1991 wurde sie dann für die Zeit vom 28. November bis zum 14. Dezember einberufen.

Unterschiedliche Stimmen aus dem Osten

Die *Vorbereitung* der Sonderversammlung folgte (wie schon bei der außerordentlichen Vollversammlung von Ende 1985 aus Anlaß des zwanzigjährigen Jubiläums des Konzilsabschlusses) nicht ganz dem üblichen Fahrplan. Anstelle von „Lineamenta“ als erstem Vorbereitungsdocument gingen den Bischofskonferenzen und den Dikasterien der römischen Kurie im Frühjahr 1991 siebzehn recht allgemein gehaltene Fragen zu der aktuellen Entwicklung in Ost- und Westeuropa, zur Evangelisierung Europas und zur Zusammenarbeit zwischen den katholischen Ortskirchen des Kontinents zu, die bis zum 15. August beantwortet werden sollten. Wenige Wochen vor Beginn der Versammlung wurde dann vom Synodensekretariat ein ausführliches „Summarium“ veröffentlicht, das die Antworten auf die Vorbereitungsfragen zusammenfaßt und im Anschluß daran grundsätzliche Überlegungen zur europäischen Identität und zum Verständnis der christlichen Freiheit anstellt.

Während bei der „Konzilssynode“ von 1985 erst im Lauf der Beratungen beschlossen wurde, ein Schlußdokument zu den Hauptthemen der Versammlung zu erarbeiten, war die Verabschiedung eines entsprechenden Textes diesmal von vornherein eingeplant. Das offizielle Kalen-

darium für die Europasynode führte als Tagesordnungspunkt für die Sitzung vom 7. Dezember neben dem zusammenfassenden Bericht des Relators über die Voten der ersten Synodenwoche auch die „Praesentatio Declarationis“ auf. Der Entwurf einer Schlußerklärung wurde von den beiden „Spezialsekretären“ der Vollversammlung, dem Mainzer Bischof *Karl Lehmann* und dem Prager Erzbischof *Miloslav Vlk*, vorgestellt. Als Relator fungierte bei der Europasynode ein Vertrauter des Papstes, Kardinal *Camillo Ruini*. Er ist Generalvikar des Papstes für die Diözese Rom und Vorsitzender der Italienischen Bischofskonferenz.

In einem einleitenden Bericht, der vor allem um die Frage einer Neuevangelisierung Europas kreiste, setzte Kardinal Ruini einige deutliche Akzente. So wies er bei seiner Skizze der Situation des westlichen Europa zwar auf positive Errungenschaften des wissenschaftlich-technischen, sozialen und ökonomischen Fortschritts hin und sprach von „verheißungsvollen Zeichen“ im religiös-moralischen Bereich. Das Gesamturteil fiel aber eher *negativ* aus: Ruini beklagte die Ausbreitung von Mentalitäten und Haltungen, die sich ganz und gar an der Befriedigung unmittelbarer Bedürfnisse und wirtschaftlicher Interessen orientierten, attestierte dem westlichen Europa eine fortschreitende Entchristlichung und eine damit einhergehende „Subjektivierung“ des Glaubens, der an den jeweiligen Bedürfnissen und Interessen gemessen und letztendlich als eine Meinung unter vielen gesehen werde. Gleichzeitig stimmte der italienische Kardinal in hohen Tönen das Lob der in den Verfolgungen und Diskriminierungen bewährten Kirche im bislang kommunistischen Europa an. Die Christen dort hätten unter dem Zwang der Verhältnisse intensive Gemeinschaft und brüderliche Einheit entdeckt; auch das Bewußtsein der Notwendigkeit eines konkreten und kohärenten Zeugnisses sei gewachsen.

Die Bischofskonferenzen der postkommunistischen Länder waren auf der Europasynode zahlenmäßig stärker repräsentiert, als es ihnen nach dem normalen Schlüssel zugestanden wäre; das Synodenstatut wurde zu diesem Zweck ad hoc geändert. Während die größten „westlichen“ Konferenzen (Deutschland, Frankreich, Italien) neben ihren Vorsitzenden drei gewählte Vertreter zur Synode entsenden konnten, waren es bei den „östlichen“ Bischofskonferenzen Tschechoslowakei, Jugoslawien und Polen jeweils fünf. Die Länder, in denen noch keine Bischofskonferenzen bestehen (vor allem die Nachfolgestaaten der Sowjetunion), waren durch vom Papst ernannte Synodendelegierte vertreten.

Eine einheitliche Linie ließ sich in den Voten der Synodenväter aus dem ehemaligen Ostblock nicht erkennen. Im Vordergrund stand vielfach der Rückblick auf die kirchliche Vergangenheit unter kommunistischer Herrschaft mit ihren Auswirkungen auf die heutige Situation; oft benutzten die Bischöfe aus den bisher kommunistischen Ländern ihre Interventionen in der ersten Synodenwoche auch dazu, ihre Ortskirchen mit ihrem nationalen und politischen Kontext sowie ihren konkreten Proble-

men beim Wiederaufbau des kirchlichen Lebens nach dem Ende der Unterdrückung darzustellen und um finanzielle und sonstige Hilfestellungen aus dem Westen zu bitten. Aus etlichen Beiträgen sprach ein gehöriges Maß an Unsicherheit und Verlegenheit angesichts der neuen Herausforderungen für die Kirche im Prozeß der Verwirklichung von Demokratie und Marktwirtschaft bzw. nach dem Wegfall des bisherigen ideologisch-politischen Gegners. Gelegentlich kam auch eine gewisse Abwehrhaltung gegenüber dem „Westen“ zum Vorschein, sowohl im Blick auf dessen „praktischen Materialismus“ wie auf seine Theologie und sein Kirchenverständnis.

Für den Dialog mit der säkularen Gesellschaft

Im einzelnen reichte die Bandbreite der Stimmen aus dem postkommunistischen Europa von der dichten theologischen Meditation des Prager Erzbischofs Vlk über Zeugenschaft und Entäußerung als Kern der Neuevangelisierung Europas über das emphatische Bekenntnis des litauischen Weihbischofs *Michelevicius* zum Wert der neuen Freiheit seiner Nation („Unsere Nation beklagt sich nicht über ihre Armut, denn nichts ist süßer, nichts ist kostbarer als die Freiheit“) bis zum Plädoyer des ungarischen Erzbischofs *Seregely* (Eger) für eine „gesunde katholische Theologie“ und für die Treue zum Lehramt sowie zum Petrusamt als *conditio sine qua non* der Neuevangelisierung. Bischof *Baláz* aus Banská Bystrica wies darauf hin, daß sich der Glaube in der Slowakei in der Zeit der kommunistischen Herrschaft nur in Familien und kleinen Gemeinschaften habe erhalten können; dadurch sei eine „neue, großzügige junge Kirche“ gewachsen. Er fügte jedoch hinzu, der Kirche im Osten stehe die Demut gut an. Besondere Aufmerksamkeit fanden in der Synodenaula verständlicherweise die Voten der *kroatischen Bischöfe*, die sich zu Sprechern ihres vom Krieg heimgesuchten Volkes machten. Im Schlußdokument findet sich (als einzige konkrete Nennung eines europäischen Landes) im Passus über Kirche und nationale Identität der Satz: „Nach dem Zeugnis der kroatischen Bischöfe hört auch während der Synode diese Gewalt nicht auf, ihr Vaterland zu zerstören.“

Die Interventionen der Synodenväter aus der westlichen Hälfte des Kontinents kreisten vor allem um das Thema Evangelisierung im heutigen Europa. Dabei ging es ebenso um die innerkirchlichen Bedingungen für neue Bemühungen um die Evangelisierung wie um das Verhältnis von Kirche, Staat und Gesellschaft, um einzelne Felder oder Orte der Glaubensweitergabe (Familie, Religionsunterricht, geistliche Gemeinschaften, Medien usw.) wie um die religiös-spirituelle Situation Europas. Von der Ökumene war ebenso häufig die Rede wie von der Zusammenarbeit der einzelnen katholischen Ortskirchen in Europa oder der Verantwortung Europas für die Überwindung von Armut, Not und Ungerechtigkeit in der Dritten Welt. Es wurden zwar teilweise düstere Szenarien

des sittlich-religiösen Verfalls im westlichen Europa entworfen (so etwa von Erzbischof *Dionigi Tettamanzi*, dem Sekretär der Italienischen Bischofskonferenz). Dominierend waren aber doch eher Voten, die für eine differenzierte, Chancen und Probleme berücksichtigende Beurteilung der geistig-kulturellen Lage in Europa und ihrer geschichtlichen Hintergründe plädierten.

So sprach Kardinal *Basil Hume*, der Erzbischof von Westminster, von „wichtigen Werten des Reiches Gottes“, die auch von vielen Nichtglaubenden in der heutigen Gesellschaft anerkannt würden: Freiheit, Wahrheit, Menschenwürde, Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung und Einheit. Dabei handle es sich nicht nur um einen Widerhall des Evangeliums, sondern auch um Ausgangspunkte für den Dialog mit der säkularen Gesellschaft und um Gebiete, auf denen eine Zusammenarbeit mit allen Menschen guten Willens notwendig sei. Bischof *Paul van den Berghe* (Antwerpen) machte deutlich, daß es zwar angesichts der Gefahr der Reduktion des Glaubens auf einen bloßen Humanismus unerlässlich sei, die Transzendenz Gottes zu wahren: „Aber wir werden sie nicht retten, wenn wir nicht so über Gott sprechen, daß unser Sprechen auch auf den Menschen und sein Heil bezogen ist.“ Das Evangelium von der Freiheit der Kinder Gottes, so der belgische Bischof, müsse in seiner ursprünglichen und reichen Bedeutung verkündet werden. Es sei für die Evangelisierung Europas sehr wichtig, die Aussagen des Apostels Paulus über die Freiheit gegenüber dem Gesetz ernster zu nehmen.

Angesichts solcher und ähnlicher Voten (auch die deutschen Synodendelegierten argumentierten in diese Richtung; vgl. HK, Januar 1992, 46) nahm es nicht wunder, daß in mehreren Sprachgruppen (bei der Europasynode gab es erstmals auch einen slawischen „*Circulus minor*“) der Entwurf für die Schlußerklärung als zu negativ in seiner Sicht der Entwicklung des neuzeitlichen Europa und der heutigen Situation kritisiert wurde. Die eine der beiden englischen Gruppen sprach z. B. von einem „einigermaßen negativen und entmutigenden Grundton“ des Entwurfs, der nicht genügend das Positive und Hoffnungsvolle in Gesellschaft und Kirche Europas zum Ausdruck bringe. Die von der Synode verabschiedete Endfassung der Erklärung ist durchweg *ausgewogener* gehalten. So heißt es etwa, in der Neuzeit seien nicht alle Werte in Zweifel gezogen worden, die ihren Ursprung im christlichen Glauben hätten; man habe sich sogar Mühe gegeben, „sie zu bewahren, so daß sie auf einem neuen und eigenen Fundament gründen“. An anderer Stelle hält der Text ausdrücklich fest, Neuevangelisierung sei kein Programm der „Restoration“ einer vergangenen Zeit Europas, sondern ver helfe dazu, „die eigenen christlichen Wurzeln zu entdecken und eine tiefere Zivilisation zu begründen, die zugleich christlicher und so auch menschlich reicher ist“.

Als Früchte des Evangeliums stellt die Erklärung *Wahrheit, Freiheit und Gemeinschaft* heraus. Das Suchen nach dieser Trias wird als das „höchste, älteste und dauerhafteste Verlangen des europäischen Humanismus“ bezeichnet.

net. Deswegen stehe das Vorhaben einer Neuevangelisierung dem Verlangen dieses Humanismus auch nicht im Weg, sondern reinige und kräftige ihn, da er in der Gefahr stehe, „seine Identität und seine Zukunftshoffnung infolge irrationaler Einflüsse und eines Neuheidentums“ zu verlieren. Nicht nur in der Erklärung, sondern auch schon in verschiedenen Voten der ersten Synodenwoche wurde vor allem auf die Verkündigung Jesu Christi als unverzichtbare Mitte aller Evangelisierung abgehoben. So führte Kardinal *Joseph Ratzinger*, der Präfekt der Glaubenskongregation, aus, die Verkündigung der Kirche sei keine Masse von Dogmen und Vorschriften, sondern „im letzten ganz einfach: Rede von Gott, der in Christus auf uns zugeht“.

Eine Fülle von Einzelthemen

Angesichts der Breite des zu behandelnden Themenfelds und der knappen Beratungszeit mußte die Sonderversammlung der Bischofssynode bei den Einzelaussagen zu Orten und Wegen der Evangelisierung wie zur Aufgabe der Kirche beim Aufbau eines neuen Europa notwendigerweise rasch an ihre Grenzen stoßen. Sie machen sich auch in der Schlußerklärung bemerkbar, die die einzelnen Fragen meist nur sehr kurz und entsprechend allgemein anreißt. So werden die Pfarrgemeinden ebenso genannt wie die Verbände und neuen Gemeinschaften, kommt die Theologie ebenso vor wie die Katechese, die katholische Schule und die Diakonie. Die *Frauenfrage* wird in einem eigenen Absatz angesprochen („Nur ein neues Verhältnis von Frau und Mann, das den Veränderungen Rechnung trägt, kann die legitimen Anliegen der Frauen auf den rechten Weg bringen“). Der Text hebt auf die Prinzipien der Personwürde, der Solidarität und der Subsidiarität als notwendige Grundpfeiler für das gesellschaftliche Engagement der Kirche ab und stellt fest, die „Erprobung der Nützlichkeit der Marktwirtschaft sowie des freien Handels und ihre Einführung auch bei den Nationen Mittel- und Osteuropas“ müsse nach einem „klaren und klugen Konzept“ erfolgen. Zum neuen Europa heißt es u. a., dieses setze bei seinem Aufbau stets den Konsens und die Anerkennung fundamentaler Werte voraus und fordere „ein wirkliches Ideal“.

Die *innerkirchlichen Spannungsfelder*, wie sie der Schweizer Weihbischof *Norbert Werbs* in seiner viel beachteten Intervention aufgezählt hatte, bleiben in der Schlußerklärung entweder ausgespart oder werden in einer ausgesprochen einseitigen Optik behandelt. So wird der theologische Dissens als Hindernis für die Durchführung der Evangelisierung apostrophiert. Wenig hilfreich ist auch die vor allem auf die Probleme mit der kirchlichen Moralverkündigung gemünzte Formulierung, je tiefer in den Menschen die Erfahrung der Liebe Gottes verwurzelt sei, desto mehr wachse in ihnen die Fähigkeit und die Bereitschaft, „alle Forderungen der Botschaft Christi anzunehmen“.

Die Europasynode war insgesamt nicht von Spannungen oder Konflikten geprägt, auch nicht von klaren, durch-

gängigen Differenzen oder gar Frontstellungen zwischen den Vertretern der beiden Hälften Europas, die jetzt wieder unter erheblichen Schwierigkeiten wirtschaftlich, politisch und kulturell zusammenwachsen. Zündstoff barg auf der Europasynode allerdings das Thema *Ökumene*, was sich im übrigen schon im Vorfeld abzeichnete: Unter den „brüderlichen Delegierten“ nicht-katholischer Kirchen und kirchlicher Gemeinschaften, die zur Synode eingeladen waren, fehlten die Vertreter der orthodoxen Kirchen Rußlands, Serbiens, Rumäniens, Bulgariens und Griechenlands. Anwesend war (außer Repräsentanten der georgischen und der armenischen Kirche) nur der Vertreter des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel, Metropolit *Spiridon* von Italien. Er trug in der Synodenaula die bekannten orthodoxen Gravamina vor, die das Verhältnis zwischen katholischer und orthodoxer Kirche vor allem seit der Wende im früheren Ostblock massiv belasten: Das Wirken der „unierten“ katholischen Ostkirchen in der Ukraine und in Rumänien und die Errichtung katholischer „Parallelstrukturen“ in traditionell orthodoxen Ländern.

Zu beiden Punkten nahm vor der Synode Kardinalstaatssekretär *Angelo Sodano* Stellung, wobei er sich mit dem Aufbau kirchlicher Strukturen für die (lateinischen) Katholiken in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion ausführlicher und dezidierter befaßte als mit dem Problem der katholischen Ostkirchen. Sodano verteidigte unter Hinweis auf die beträchtliche katholische Minderheit in Rußland und Kasachstan die Einsetzung von Apostolischen Administratoren und verwies gleichzeitig darauf, daß der Heilige Stuhl keine Diözesen mit residierenden Bischöfen, sondern nur eine provisorische Organisationsstruktur geschaffen habe. Im Blick auf die Haltung der Orthodoxie gegenüber der Neuorganisation der griechisch-katholischen Kirche in der Ukraine und Rumänien beließ es der Kardinalstaatssekretär bei der eher zurückhaltenden Formulierung, das oftmals mißtrauische Verhalten, mit dem man auf orthodoxer Seite die Wirklichkeit einer totgeglaubten Kirche angenommen habe, habe nicht zur Lösung der damit verbundenen praktischen Probleme beigetragen.

Wie sieht die künftige Zusammenarbeit aus?

Die Schlußerklärung der Synode bekennt sich zur Fortsetzung des katholisch-orthodoxen Dialogs und erinnert die „orthodoxen Schwesterkirchen“ an die gemeinsame Verantwortung „für das Zeugnis des Evangeliums vor der Welt und besonders vor dem Herrn der Kirche“. Die katholischen Ostkirchen werden als „konstruktives Element zur Förderung des ökumenischen Dialogs“ zwischen Katholiken und Orthodoxen bezeichnet. Der Text hebt das Glaubenszeugnis sowohl der katholischen Ostkirchen wie von Orthodoxen und Protestanten hervor und äußert die Hoffnung, die „gemeinsame Erfahrung der Verfolgung möge zur neuen Basis eines tieferen ökumeni-

schen Verständnisses und eines gerechten Friedens“ werden.

Verglichen mit den katholisch-orthodoxen Beziehungen stand die ökumenische Situation zwischen katholischer Kirche und den *Kirchen reformatorischer Tradition* auf der Europasynode eher im Schatten. Allerdings benutzten die „brüderlichen Delegierten“ der Anglikaner, Lutheraner, Reformierten und Baptisten sowie der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) ihre Beiträge in der Synodenaula zur freundlichen, aber bestimmten Artikulation ihrer jeweiligen Anliegen im Blick auf die ökumenische Situation im neuen Europa und gegenüber dem katholischen Partner. So appellierte *Karl-Heinz Walter*, der Generalsekretär der Vereinigung europäischer Baptisten, an die katholische Kirche, ihren ganzen Einfluß dahingehend geltend zu machen, daß in den bisher kommunistischen Ländern Europas überall eine gleiche und gerechte Behandlung aller christlichen Kirchen erreicht werde. Als Vertreter der Anglikanischen Gemeinschaft brach Bischof *Mark Santer* von Birmingham eine Lanze für Methode und Ergebnisse des anglikanisch-katholischen Dialogs und wandte sich dagegen, im ökumenischen Dialog Wahrheit und Einheit gegeneinander auszuspielen: Eine gespaltene Christenheit verdunkle gerade durch die Tatsache der Spaltung die Wahrheit des Evangeliums.

Der Generalsekretär der KEK, der Schweizer *Jean Fischer*, erinnerte an die Ökumenische Begegnung von Santiago de Compostela zwischen der KEK und dem Rat der Europäischen Bischofskonferenzen, die kurz vor der Sonderversammlung der Bischofssynode stattgefunden hatte (vgl. HK, Januar 1992, 9 f.) und sprach sich für neue ökumenische Anstrengungen als unerläßliche Bedingung für eine Erneuerung der Evangelisierung in Europa aus. Die Bedeutung der inzwischen erprobten Zusammenarbeit von CCEE und KEK für die ökumenische Entwicklung in Europa wurde auf der Synode auch von katholischer Seite verschiedentlich unterstrichen, so etwa von Kardinal *Hume* und Bischof *Jean Vilnet* von Lille.

Der Präsident des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen, Kardinal *Carlo Maria Martini*, plädierte in seinem Votum vor der Synode ausdrücklich für eine verstärkte Zusammenarbeit der europäischen Bischofskonferenzen untereinander, sowohl in verschiedenen pastoralen Teilbereichen wie allgemein im Blick auf die Aufgabe der Evangelisierung Europas. Es sei für die Bischofskonferenzen in Europa wichtig, sich als einheitliches Subjekt gegenüber den politischen Instanzen zu konstituieren, die für den Aufbau des vereinten Europas arbeiteten. Die Arbeit der bereits bestehenden Organe CCEE und ComECE (der Zusammenschluß der Bischofskonferenzen der EG-Mitgliedsstaaten) müsse, so der Mailänder Erzbischof, weiter verstärkt und koordiniert werden. Neben entschiedenen Voten für eine Stärkung der Zusammenarbeit der europäischen Bischofskonferenzen untereinander standen auf der Synode aber auch Voten, die den Akzent stärker auf die Rolle des Papstes als Zentrum kirchlicher Einheit und Zusammenarbeit legten, z. B. die

Intervention des Bordelaiser Erzbischofs *Pierre Eyt*. Mehrfach wurde – von Bischöfen aus Ost und West – auf die besondere Bedeutung der Verbindung zum Apostolischen Stuhl als Stütze für die unterdrückte Kirche im früheren Ostblock verwiesen.

Die Schlußerklärung versucht offenbar, beiden Strömungen entgegenzukommen und erweist sich hier wie auch an anderen Stellen als ausgesprochener *Kompromißtext*. So heißt es, „in voller Beachtung des Bandes der Einheit mit dem Heiligen Stuhl und der Aufgabe der einzelnen Bischöfe und Bischofskonferenzen aus den verschiedenen Nationen“ lege es die pastorale Sorge in Europa nahe, „daß es mit Hilfe des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen eine Abstimmung und gemeinsame Anstrengung für die Evangelisierung gibt und daß Wege für andere Formen der Zusammenarbeit zwischen den Einzelkirchen des Kontinents gesucht werden“.

Ein unspektakuläres Ereignis

In der Ansprache Johannes Pauls II. zum Abschluß der Europasynode wurde der CCEE nicht erwähnt. Dafür erteilte der Papst den drei delegierten Präsidenten, dem Relator und den Spezialsekretären der Sonderversammlung den Auftrag, ihm innerhalb eines Jahres „Vorschläge oder Ratschläge“ für eine Struktur vorzulegen, „die sich der Verwirklichung der Vorhaben der Synode widmen soll“. Diese Struktur soll nach den Worten Johannes Pauls II. dafür sorgen, daß alle Bemühungen um die Evangelisierung sowohl des Apostolischen Stuhls wie der Bischofskonferenzen und der entsprechenden Strukturen in den katholischen Ostkirchen ständig koordiniert werden und sie alle „auf die beste, wirksamste und glaubwürdigste Weise“ dem gleichen Ziel zustreben.

Wie diese „Struktur“ aussehen soll, in welcher Beziehung sie zu den bestehenden Institutionen stehen und welchen Aufgaben sie sich im einzelnen widmen wird, muß vorerst offen bleiben. Allerdings kann man sich nicht recht vorstellen, welchen Sinn ein neues Organ zur Koordinierung der Zusammenarbeit der europäischen Bischofskonferenzen untereinander und mit dem Apostolischen Stuhl haben könnte, zumal die Synode ja eigentlich keine konkreten Vorhaben formuliert hat, die jetzt umgesetzt werden müssen. Als Verdoppelung des CCEE ist eine solche neue Struktur unnötig, als Konkurrenz (zum Zweck stärkerer kurialer Einflußnahme) wäre sie problematisch.

In einer Pressekonferenz am Ende der Europasynode bilanzierte Kardinal *Godfried Danneels*, der Erzbischof von Mecheln-Brüssel, die Synode habe zu spät oder zu früh stattgefunden: Zu spät, um ein Fest der neugewonnenen Freiheit für die Kirchen im Osten zu sein, zu früh, um eine Strategie der Evangelisierung für ganz Europa planen zu können, weil die Bischöfe in den bisher kommunistischen Ländern noch zu sehr mit dem Wiederaufbau ihrer Infrastruktur beschäftigt seien. Diese Bewertung hat viel für sich, auch wenn man die Bedeutung der direkten Begegnung und des Erfahrungsaustausches zwischen den Bischöfen aus den beiden bislang getrennten Hälften

Europas nicht unterschätzen sollte. Die Europasynode war ein ausgesprochen unspektakuläres Ereignis und ihr Schlußdokument ist kaum dazu angetan, neue Begeisterung für die Aufgabe der Evangelisierung im neuen Europa zu wecken.

Dennoch war diese Sonderversammlung der Bischofssynode nicht umsonst. Sie hat keine Türen zugeschlagen, weder im Blick auf eine glaubwürdige Präsenz der katholischen Kirche in den gegenwärtigen europäischen Wandlungsprozessen noch auf ihr ökumenisches Engagement. Sie hat – freiwillig und auch unfreiwillig – gezeigt, daß Ängste in bezug auf eine großangelegte katholische Stra-

ategie zur Rechristianisierung Europas unter römischem Vorzeichen weit übertrieben sind. Es gibt in der katholischen Kirche Europas – das haben viele Voten aus allen Teilen des Kontinents gezeigt, und das belegt letztlich auch die Schlußerklärung – ein erhebliches Maß an Realitätssinn und Differenzierungsvermögen im Blick auf Aufgaben, Chancen und Prioritäten kirchlicher Verkündigung und Diakonie im neuen Europa. Die katholische Kirche im früheren Ostblock muß im übrigen, auch das ist auf der Europasynode deutlich geworden, ihr neues Profil und ihre Perspektiven weithin erst noch finden.

Ulrich Rub

„Das fundamentale Problem ist nicht der Priestermangel“

Ein Gespräch mit dem Bischof von Trier, Hermann Josef Spital, zu den Veränderungen in den Seelsorgestrukturen

Der Rückgang der Priesterzahlen ist dabei, die kirchlichen Seelsorgestrukturen zu verändern. Starke Priesterjahrgänge stehen vor der Pensionierung. Die Diözesen in Deutschland machen sich seit geraumer Zeit verstärkt Gedanken über Formen einer „kooperativen Pastoral“ (vgl. HK, August 1991, 355 ff.). Der dabei eingeschlagene Weg ist nicht unumstritten, wie erst jetzt wieder die Stellungnahme einer Gruppe von deutschsprachigen Pastoraltheologen zeigte (vgl. ds. Heft, S. 100). Wir sprachen über dieses Thema mit dem Trierer Bischof Hermann Josef Spital. Die Fragen stellte Klaus Nientiedt.

HK: Herr Bischof Spital, seit einiger Zeit wird in den deutschen Diözesen verstärkt nach Mitteln und Wegen gesucht, die Folgen des Priestermangels für die Seelsorge und die Pfarrstrukturen in den Griff zu bekommen. Weder der Priestermangel noch seine pastoralen Folgen sind aber neu. Wie kommt es eigentlich, daß man sich gerade jetzt damit so massiv auseinandersetzt?

Spital: Wenn wir die gegenwärtig aufbrechende Diskussion verstehen wollen, müssen wir zwischen ihrem Anlaß und ihrem thematischen Ansatz unterscheiden. Anlaß ist der fortschreitende Priestermangel – das kann man so sagen. Aber der thematische Ansatz zielt auf eine Erneuerung der Seelsorge, die durch sehr viel tieferliegende Gründe notwendig geworden ist als durch den Priestermangel und die uns durch das II. Vatikanische Konzil aufgegeben sind. Wir kommen aus einer Kirche, die in überschaubaren Strukturen und festen Dorfgemeinschaften und Stadtvierteln gelebt hat; diese festen Strukturen sind jedoch weithin im Zerfall begriffen. Die Gesellschaft ist mobil geworden. Die Menschen wohnen noch in den Dörfern, sie arbeiten aber zum großen Teil nicht mehr

dort. In dieser Gesellschaft stellt sich die Frage neu, wie Kirche sich organisieren soll.

„Die Menschen suchen ihre Lebensgemeinschaften nicht aufgrund territorialer Gesichtspunkte“

HK: Mit anderen Worten: Das eigentliche Thema ist nicht der Priestermangel und seine Folgen, sondern der Umbruch in den Strukturen und Mentalitäten, mit denen Kirche bei uns bis heute lebt . . .

Spital: So ist es. Das zugrundeliegende Problem ist zum einen der Auseinanderfall des kirchlich geprägten örtlichen Milieus, das früher bestanden hat, heute aber nicht mehr besteht, und zum anderen die Frage, wie ist man Christ in einer modernen, pluralistischen säkularen Gesellschaft? Die Antwort ist nicht mehr selbstverständlich. Man muß sich heute als Christ unterscheiden – das brauchte man früher nicht so, sondern das Wohnviertel, das Dorf und darüber hinaus die Gesellschaft waren von christlichen Lebensformen geprägt. Wir stehen mitten im Übergang und fragen uns heute, wohin wird die Reise gehen? Der Priestermangel ist dabei ein Signifikator. Aber auch die Stellung des Priesters hat sich geändert. Heute ist das Leben sehr viel differenzierter geworden. Während früher ein Priester sozusagen für alle Bedürfnisse derer, die ihm anvertraut waren, zuständig war, verlangt man in einer Gesellschaft wie der heutigen immer mehr nach Sonderseelsorge: Seelsorge in Beratung, im Krankenhaus, im Militär oder in einer Studentengemeinde – alle diejenigen, die in der Sonderseelsorge erfaßt sind, haben aber auch ihren Heimatpfarrer. Was früher von einem Priester